

Newsletter

Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen

Ausgabe 20, November 2022

Vorwort

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wir freuen uns, Ihnen die neueste Ausgabe unseres PDF-Newsletters Legal News Energierecht für energieintensive Unternehmen übersenden zu können.

Mit unserem Newsletter wollen wir den eiligen Leser auf prägnante und übersichtliche Weise über die aktuellen energierechtlichen Themen, die besondere Relevanz für energieintensive Unternehmen aufweisen, informieren. Sie profitieren dabei von dem Expertenwissen der verschiedenen Fachbereiche und erhalten zu allen Themen kompetente Auskunft sowie Verweise auf weiterführende Quellen.

Für fachliche Rückfragen können Sie selbstverständlich die Ihnen bekannten Mitglieder des Energierechtsteams ansprechen.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß bei der Lektüre!

Mit freundlichen Grüßen

Michael H. Küper
Partner

Peter Mussaeus
Partner

Stefan Krakowka
Of Counsel

Dr. Daniel Callejon
Senior Manager

Inhalt

Aktuelles	2
Update Gas- und Wärmepreisbremse: Erster Diskussionsentwurf für eine Formulierungshilfe für ein Umsetzungsgesetz bekannt geworden	2
Festlegung der netzentgeltbasierten Umlagen für das Jahr 2023.....	3
In eigener Sache	4
Einladung zu unserem kostenfreien Webinar zum Thema „Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse: Umsetzung durch die Industrie“	4
Über uns	4
Ihre Ansprechpartner	4
Redaktion.....	4

Update Gas- und Wärmepreisbremse: Erster Diskussionsentwurf für eine Formulierungshilfe für ein Umsetzungsgesetz bekannt geworden

Basierend auf den Empfehlungen der ExpertInnen-Kommission Gas und Wärme vom 31. Oktober 2022 arbeitet die Bundesregierung derzeit an einem Gesetz zur Umsetzung der Abfederung der stark gestiegenen Kosten für Erdgas und Wärme für die Industrie (d.h. RLM-Kunden mit einem Jahresverbrauch von mehr als 1,5 GWh) sowie für Krankenhäuser. In dieser Woche ist ein erste „Vor-Entwurf“ für die Gas- und Wärmepreisbremse bekannt geworden. An einem korrespondierendem Strompreisbremsegesetz wird derweil ebenfalls gearbeitet.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

Auch wenn der Vorentwurf noch eine Vielzahl von Platzhaltern und Hinweisen vorsieht, lässt sich absehen, welche Richtung der Gesetzgeber einschlagen möchte. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund interessant, dass sich die Vorschläge der ExpertenInnen-Kommission im Abschlussbericht ausdrücklich nicht mit dem zu beachtenden beihilferechtlichen Rahmen des befristeten Krisenrahmens für staatliche Beihilfen (TCF) auseinandergesetzt haben und sich diese Vorschläge teilweise außerhalb dieses Beihilferahmens bewegen.

Neben den eigenen Erdgasverbräuchen (z.B. für Heiz- und Produktionszwecke) sollen auch solche Erdgasverbräuche erfasst sein, die nicht für den kommerziellen Betrieb von Strom- und Wärmeerzeugungsanlagen eingesetzt werden. Hiervon dürften insbesondere Eigenversorgungsanordnungen umfasst sein. Es deutet sich an, dass auch Industrieparks mit einbezogen werden sollen, bei denen insbesondere Wärme und Strom für die angeschlossenen Kunden erzeugt wird. Auch für selbstbeschaffende Letztverbraucher ist eine Entlastung vorgesehen.

Die Preisgrenze liegt bei 7 ct/kWh für 70 Prozent der Menge leitungsgebundenen Erdgases, die für den Zeitraum nach dem 31. Dezember 2020 und vor dem Januar 2022 an der betreffenden Entnahmestelle gemessen wurden. Auch für Wärmelieferungen ist eine korrespondierende Regelung vorgesehen. Der Preis cap für Wärme, der noch nicht bestimmt ist („9,5 ct – x“), soll für 80 Prozent der Wärmemenge, die für den Zeitraum nach dem 31. Dezember 2020 und vor dem 1. Januar 2022 an der betreffenden Entnahmestelle gemessen wurde, gelten.

Dem Vorentwurf ist zu entnehmen, dass zumindest für die Gas- und Wärmepreisbremse kein förmliches Antragsverfahren vorgesehen ist, sondern die Entlastung durch den Versorger zu gewähren ist, wenn der Letztverbraucher seine Mitteilungspflicht erfüllt hat. Diese wiederum sieht gestaffelt nach dem zu erwartenden Entlastungsbetrag u.a. vor, dass die voraussichtlichen Höchstgrenzen für den Letztverbraucher oder Kunden und etwaige verbundene Unternehmen anzugeben sind.

Es zeichnet sich außerdem ab, dass die gestaffelten Höchstgrenzen des TCF von bis zu maximal 150 Millionen Euro, welche für Strom, Wärme und Gas kumulativ gelten, zu beachten sind. Hierfür spricht auch, dass bei einer Überschreitung der Höchstgrenzen, welche im Vorentwurf zur Gaspreisbremse nicht genannt werden, eine Einzelnotifizierung bei der EU-Kommission vorgesehen ist. Im Übrigen wird die Entlastung unter dem Vorbehalt der Rückforderung gestellt.

Überraschend ist im Übrigen auch, dass der Vorentwurf einen Platzhalter für ein Boni- und Dividendenverbot sowie Auflagen zur Standortsicherung enthält. Dieses aus dem Energiekostendämpfungsprogramm bekannte Instrument geht über die Forderung der ExpertInnen-Kommission hinaus und lässt sich auch aus dem TCF nicht entnehmen. In der Praxis steht zu befürchten, dass - wie bereits in der Vergangenheit - hierdurch große Rechtsunsicherheit geschaffen wird.

Da es sich ausdrücklich und offensichtlich noch um einen Vorentwurf handelt, liegt es in der Natur der Sache, dass viele Praxisfragen noch unbeantwortet sind. Unklar ist z.B., wie Unternehmen mit den Höchstgrenzen umgehen sollen, die beispielsweise für den gesamten Standort Gas einkaufen bzw. wie und auf welcher Basis die Entlastung in solchen Industrieparkkonstellationen weitergereicht werden sollen.

Zuletzt ist bekannt geworden, dass das Kabinett über den Referentenentwurf am 28. November 2022 beraten will, um alle Voraussetzungen zu schaffen, damit das Gesetz schließlich am 16. Dezember 2022 beschlossen werden kann.

Gerne stehen wir Ihnen bei Fragen zu den Preisbremsen zur Verfügung. Wir beraten Sie hierzu gerne fortlaufend und umfassend, damit die Auswirkungen für Ihr Unternehmen stets aktuell beurteilt werden können. Hinweisen wollen wir in diesem Zusammenhang auch auf unser kostenfreies Webinar „Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse: Umsetzung durch die Industrie“ am 1. Dezember 2022. Detailinformationen finden Sie am Ende dieses Newsletters.

Festlegung der netzentgeltbasierten Umlagen für das Jahr 2023

Die Übertragungsnetzbetreiber haben am 14. und 25. Oktober 2022 die netzentgeltbasierten Umlagen für das Jahr 2023 veröffentlicht (Offshore-Netzumlage, KWKG-Umlage, § 19 StromNEV-Umlage). Die Abschaltbare Lasten-Umlage wird nicht mehr erhoben. Dennoch ist in der Summe ein leichter Anstieg zu verzeichnen.

Die Förderung erneuerbarer Energien wird zukünftig über den Bundeshaushalt finanziert. Die seit Juli 2022 bereits auf 0 ct/kWh abgesenkte EEG-Umlage wird in der Konsequenz mit Wirkung zum 1. Januar 2023 abgeschafft. Unabhängig davon bestehen die Offshore-Netzumlage, die KWKG-Umlage sowie die § 19 StromNEV-Umlage als netzentgeltbasierte Umlagen fort. In diesem Zusammenhang wird die Erhebung der Offshore-Netzumlage sowie der KWKG-Umlage ab dem 1. Januar 2023 durch das sog. Energiefinanzierungsgesetz (EnFG) geregelt.

Die Höhe der verbleibenden Umlagen wurde für das Jahr 2023 jüngst festgelegt. In der Summe ist demnach ein leichter Anstieg um 0,128 ct/kWh gegenüber der Umlagenhöhe im Jahr 2022 zu verzeichnen.

	2022	2023	Entwicklung
Offshore-Netzumlage	0,419 ct/kWh	0,591 ct/kWh	+ 0,172 ct/kWh
KWKG-Umlage	0,378 ct/kWh	0,357 ct/kWh	- 0,021 ct/kWh
§ 19 StromNEV-Umlage	0,437 ct/kWh	0,417 ct/kWh	- 0,020 ct/kWh
Abschaltbare Lasten-Umlage	0,003 ct/kWh	-	- 0,003 ct/kWh
Summe	1,237 ct/kWh	1,365 ct/kWh	+ 0,128 ct/kWh

Abb.: Gegenüberstellung Umlagenhöhe (für nicht-privilegierte Letztverbraucher) in 2022 und 2023

Im Verhältnis zur bisherigen EEG-Umlage handelt es sich bei den verbleibenden Umlagen im Jahr 2023 weiterhin um deutlich geringere Kostenbestandteile. Dennoch möchten wir dafür sensibilisieren, (neue) Entlastungsmöglichkeiten im Blick zu behalten. So kann bspw. die zukünftig im EnFG verortete „neue“ Besondere Ausgleichsregelung durch die Begrenzung der Offshore-Netzumlage sowie der KWKG-Umlage weiterhin ein erhebliches Entlastungspotential bieten. Die bisher hohen administrativen Anforderungen an das Antragsverfahren der Besonderen Ausgleichsregelung werden dabei reduziert und zugleich der Kreis der Antragsberechtigten erweitert: Denn das Erfordernis einer gewissen Stromkostenintensität besteht zukünftig nicht weiterhin fort.

Gerne stehen wir Ihnen in diesem Zusammenhang zur Verfügung, zukünftige Entlastungsmöglichkeiten näher zu erörtern und gemeinsam mit Ihnen zu prüfen, inwieweit sie entlastungsberechtigt sein könnten.

RA Michael H. Küper, M.Sc.
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

Dr. Karla Hamborg
Tel.: +49 211 981-7289
karla.johanna.hamborg@pwc.com

In eigener Sache

Einladung zu unserem kostenfreien Webinar zum Thema „Strom-, Gas- und Wärmepreisbremse: Umsetzung durch die Industrie“

am 1. Dezember 2022

Durch den Beschluss des Kabinetts (vrs.) am 28. November 2022 werden sich die Rahmenbedingungen der Gas-, Wärme- und Strompreisbremse (endlich) konkretisieren. Dadurch entsteht konkreter Handlungsbedarf bei Unternehmen, welche die Gas-, Wärme- und Strompreisbremse nutzen wollen. Wir wollen Ihnen dabei helfen, möglichst frühzeitig die richtigen Weichen zu stellen und die damit einhergehenden Chancen optimal zu nutzen.

Weitere Informationen und die Möglichkeit der Anmeldung finden Sie auf unserer Internetseite:

https://www.pwc-events.com/microsite/index.cfm?kickout=0&tempData=true&sp_id=1&l=7028

Während der Veranstaltung haben Sie die Möglichkeit, unseren Experten Ihre Fragen zu stellen.

Bei Fragen wenden Sie sich gerne jederzeit an

Matthias Stephan, Tel.: +49 211 981-1509, matthias.stephan@pwc.com

Über uns

Ihre Ansprechpartner

RA Michael Küper
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Matthias Stephan
Tel.: +49 211 981-1509
matthias.stephan@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

RAin Alexandra Ufer
Tel.: +49 211 981-5679
alexandra.ufer@pwc.com

Redaktion

Für Ihre Fragen, Hinweise und Anmerkungen zum Newsletter stehen Ihnen unsere Ansprechpartner aus der Redaktion gern zur Verfügung. Wir freuen uns auf Ihr Feedback.

RA Michael Küper
Tel.: +49 211 981-5396
michael.kueper@pwc.com

RA Dr. Daniel Callejon
Tel.: +49 211 981-2194
daniel.callejon@pwc.com

Die Beiträge dieser Publikation sind zur Information unserer Mandanten bestimmt. Für die Lösung einschlägiger Probleme greifen Sie bitte auf die angegebenen Quellen oder die Unterstützung unserer Büros zurück. Meinungsbeiträge geben die Auffassung der einzelnen Autoren wieder.

© November 2022 PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft. Alle Rechte vorbehalten.

"PwC Legal" bezeichnet in diesem Dokument die PricewaterhouseCoopers Legal Aktiengesellschaft Rechtsanwaltsgesellschaft, die zum Netzwerk der PricewaterhouseCoopers International Limited (PwCIL) gehört. Jede der Mitgliedsgesellschaften der PwCIL ist eine rechtlich selbstständige Gesellschaft..

www.pwc.de